

Beschluss Nr. 298/2022  
Schwyz, 5. April 2022 / ju

Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz: Vereinfachung des Prämienverbilligungsverfahrens  
Bericht und Vorlage an den Kantonsrat

## 1. Übersicht

Hauptanliegen der vorliegenden Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 19. September 2007 (EGzKVG, SRSZ 361.100) ist eine Vereinfachung der Anmeldung für die Prämienverbilligung. Neu sollen versicherte Personen, welche im Vorjahr des Anspruchsjahres bereits einen Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung (IPV) hatten, von Amtes wegen auch für das Anspruchsjahr als angemeldet gelten. Diese Personen müssen sich also nicht mehr jährlich neu anmelden. Zudem wird die Anmeldefrist für die IPV bis 31. Dezember des Anspruchsjahres verlängert. Durch diese Anpassungen soll insbesondere kein Ausschluss von IPV wegen zu später Gesuchseinreichung im Vorjahr des Anspruchsjahres oder nicht nachweisbarer Einreichung innert Frist mehr erfolgen. Menschen, die berechtigten Anspruch auf IPV haben, sollen diese auch erhalten. Mit diesen Anpassungen wird das Anliegen der als Postulat erheblich erklärten Motion M 3/20 «Vereinfachung der Gesuchstellung für die KK-Prämienverbilligung» der Kantonsräte Markus Ming und Dr. Michael Spirig erfüllt. Neu sollen zudem die nach der Sozialhilfegesetzgebung zuständigen Fürsorgebehörden in bestimmten Fällen berechtigt werden, anstelle der betroffenen versicherten Person ein Gesuch um IPV einzureichen.

Neben einer Vereinfachung der Anmeldung beinhaltet die Teilrevision auch Anpassungen des Prämienverbilligungsverfahrens. Neu soll der Entscheid über einen Anspruch auf IPV direkt mittels Verfügung der Ausgleichskasse Schwyz, ohne vorgängiges Mitteilungsverfahren, eröffnet werden. Gegen diesen Entscheid kann Einsprache bei der Ausgleichskasse Schwyz gemacht werden. Gegen den Einspracheentscheid soll dann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden können. Ferner soll eine gesetzliche Grundlage für den elektronischen Rechtsverkehr zwischen dem Gesuchsteller und der Ausgleichskasse Schwyz geschaffen werden. Die Inkraftsetzung der Anpassungen ist auf den 1. Januar 2023 vorgesehen.

## 2. Ausgangslage

2.1 Am 4. Februar 2020 haben die Kantonsräte Markus Ming und Dr. Michael Spirig die Motion M 3/20 «Vereinfachung der Gesuchstellung für die KK-Prämienverbilligung» mit folgendem Wortlaut eingereicht:

*«Die "finanzielle Last der Krankenkassenprämien" landet regelmässig beim Sorgenbarometer der Bevölkerung auf dem obersten Platz. Für Personen, welche in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben, sind die Lasten der Krankenkassenprämien gross und die Prämienverbilligungen daher existenziell wichtig. Wenn Probleme mit der Einreichung des Gesuchs auftauchen und darum keine Verbilligung ausbezahlt wird, stehen die Betroffenen vor grossen finanziellen Problemen. Grundsätzlich besteht für die Betroffenen ein gesetzlicher Anspruch auf diese Prämienverbilligung. Folglich soll ein formell einfaches und unbürokratisches Anmeldeverfahren sicherstellen, dass alle Berechtigten, die diese Prämienverbilligung beanspruchen möchten, diese auch erhalten.*

*Die aktuelle Regelung ist, dass jedes Jahr von neuem ein Beitragsgesuch bis Ende September bei der kantonalen Ausgleichskasse einzureichen ist. Wer diese Frist aber verpasst oder noch schlimmer, wer erst zu einem späteren Zeitpunkt mit Schrecken feststellen muss, dass gemäss Auskunft der Ausgleichskasse sein Gesuchschreiben gar nicht eingegangen ist, erhält keine Prämienverbilligung. Bis die Beitragsverfügung der Ausgleichskasse vorliegt, wissen die Gesuchsteller also nicht, ob alles mit der Einreichung des Gesuchs geklappt hat. Wer sein Gesuch nicht eingeschrieben per Post fristgerecht der Ausgleichskasse zustellt, übernimmt aktuell selber ein hohes finanzielles Risiko und handelt ohne jegliche Absicherung vor Behördenfehler. Diese jährliche Pflicht der Gesucheinreichung führt zu kritischen, allenfalls ungerechten Situationen bei Betroffenen. Ein solches Verfahren ist nicht mehr zeitgemäss und gilt es zu verbessern.*

*Mit einem neuen Vorgehen soll der Bürokratieaufwand für die Gesuchsteller und auch die Verwaltung reduziert werden. Ein möglicher Lösungsansatz könnte sein: Wer in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt und den Anspruch auf Prämienverbilligung geltend macht, soll dies mit einem einmaligen Gesuch an die Ausgleichskasse innerhalb der bisherigen Frist gelten machen können. Dieses Gesuch gilt bis auf weiteres, also über mehrere Jahre, bis der Gesuchsteller den Verzicht auf die Prämienverbilligung bekannt gibt. Wer Anspruch auf Prämienverbilligung hat, soll diese finanzielle Unterstützung in einem einfachen Verfahren erhalten können. Somit würde auch automatisch sichergestellt, dass die Gemeinden weniger unbezahlte Prämienrechnungen übernehmen müssen.*

*Der Regierungsrat wird beauftragt, das Verfahren bei der Gesuchstellung für die Prämienverbilligungen gesetzlich anzupassen. Es ist eine neue Regelung zu finden, welche keine jährliche Gesuchstellung mehr erforderlich macht.»*

2.2 Mit der Beantwortung der Motion M 3/20 (RRB Nr. 482 vom 23. Juni 2020) stellte der Regierungsrat fest, dass Handlungsbedarf für eine Verbesserung des Verfahrens bestehe, aber auch Handlungsspielraum. Insbesondere soll kein Ausschluss von IPV wegen zu später Gesuchseinreichung im Vorjahr des Anspruchsjahres oder nicht nachweisbarer Einreichung innert Frist erfolgen. Eine Umsetzung des konkreten Auftrags der Motionäre schien dem Regierungsrat jedoch nicht machbar. Der Regierungsrat hielt in der Beantwortung fest, dass er die Möglichkeiten für ein einfacheres sowie bürgerfreundlicheres Verfahren prüfen und breiter ausloten wolle, als dies die Motion vorschlage. Aus diesen Gründen beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Motion M 3/20 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären. Sofern für die Anpassung des Verfahrens gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe, werde der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Antrag unterbreiten.

2.3 An der Kantonsratssitzung vom 18. November 2020 hat der Kantonsrat beschlossen, die Motion M 3/20 in ein Postulat umzuwandeln (64 zu 15 Stimmen) und als Postulat erheblich zu erklären (79 zu 3 Stimmen).

### 3. Revisionsziele und Grundzüge der Vorlage

3.1 Wer im Kanton Schwyz Prämienverbilligung beansprucht, hat bei der Durchführungsstelle innert der vom Regierungsrat festgelegten Frist ein Gesuch einzureichen (§ 17 Abs. 1 EGzKVG). Die Frist kann bei unverschuldeter Verhinderung wiederhergestellt werden. Ansprüche, die nach Ablauf der Frist geltend gemacht werden, sind verwirkt (§ 17 Abs. 2 EGzKVG). Die Anmeldung für die Prämienverbilligung ist bis spätestens 30. September des Jahres, welches dem Anspruchsjahr für Prämienverbilligung vorausgeht, einzureichen. Wer nach dem 30. Juni in den Kanton Schwyz zuzieht, hat die Anmeldung innert drei Monaten nach dem Zuzug einzureichen (§ 14 Abs. 1 Vollzugsverordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 4. Dezember 2012 [VVzEGzKVG, SRSZ 361.111]).

3.2 Trotz der ergriffenen Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus musste ein Teil der Bevölkerung im Kanton Schwyz als Folge der Bewältigung der Covid-19-Epidemie mit weniger Einkommen auskommen. Um Härtefälle aufgrund einer pandemie- bzw. wirtschaftsbedingten Einkommensverminderung zu vermeiden, hat der Regierungsrat in der Übergangsbestimmung von § 23 VVzEGzKVG die Anmeldefrist für die Anspruchsjahre 2022 und 2023 verlängert. Zuvor hatte er bereits die Anmeldefrist für die abgelaufenen Anspruchsjahre 2020 und 2021 verlängert. Zudem sollen aus Gründen der rechtsgleichen Behandlung in dieser ausserordentlichen Lage alle potenziell Anspruchsberechtigten für die Jahre 2022 und 2023 eine (erneute) Anmeldung einreichen können. Diese Regelung hatte auch bereits für die Jahre 2020 und 2021 gegolten. Es betraf oder betrifft dies Personen:

- die aufgrund der aktuellen Situation einen Anspruch auf Prämienverbilligung geltend machen können;
- über deren Gesuch auf Prämienverbilligung bereits positiv oder abschlägig entschieden wurde;
- deren Gesuch noch rechtshängig ist.

Es handelt sich um eine Ausnahmeregelung, die zeitlich befristet ist.

3.3 Abgesehen von der zeitlich befristeten Ausnahmebestimmung in § 23 VVzEGzKVG müssen sich Personen, die Anspruch auf IPV geltend machen wollen, bis spätestens 30. September im Vorjahr für das entsprechende Anspruchsjahr anmelden. Wenn diese Frist verpasst wird oder die fristgerechte Anmeldung nicht nachgewiesen werden kann, ist der Anspruch auf IPV für das Anspruchsjahr verwirkt. Anspruchsberechtigte Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen sind auf die IPV angewiesen. Das Verpassen einer Eingabefrist oder ein nicht registrierter Gesuchseingang dürfen nicht mehr dazu führen, dass eigentlich anspruchsberechtigten Personen die IPV für ein ganzes Jahr verwehrt wird. Das Verfahren für die Gesuchseinreichung für IPV soll deshalb angepasst werden.

Neu sollen versicherte Personen, welche im Vorjahr des Anspruchsjahres einen Anspruch auf IPV hatten, von Amtes wegen auch für das Anspruchsjahr als angemeldet gelten. Verworfen wird eine Variante mit einem «automatischen Anmeldeverfahren» gestützt auf die Steuerwerte. Diese wäre nur möglich, wenn nur wirklich gemeinsam besteuerte Personen Anspruch auf IPV haben. Ein gemeinsamer IPV-Anspruch von nicht gemeinsam Besteuernten wie heute müsste abgeschafft werden.

Zwingende Voraussetzung dafür wäre eine Streichung von § 11 Abs. 2 EGzKVG, wonach junge Erwachsene zwischen dem 18. und 25. Altersjahr in Ausbildung zusammen mit den Eltern oder der unterstützungspflichtigen Person einen Gesamtanspruch auf IPV haben (sogenannter gemeinsamer Anspruch). Daraus würden Folgekosten von mehreren Mio. Franken resultieren. Sozialpolitisch würden von diesen Zusatzausgaben vor allem junge Erwachsene von Eltern, die nicht auf IPV angewiesen sind, profitieren.

3.4 Das geltende Verfahren soll weiter verbessert und modernisiert werden. Insbesondere soll kein Ausschluss von IPV wegen zu später Gesuchseinreichung im Vorjahr des Anspruchsjahres oder nicht nachweisbarer Einreichung innert Frist mehr erfolgen. Menschen, die berechtigten Anspruch auf IPV haben, sollen diese auch erhalten. Das Anmeldeverfahren soll für die versicherten Personen zudem einfacher, schlanker und schneller werden. Im Interesse der Versicherten soll auch eine digitale Kommunikation möglich werden. Neu sollen auch die nach der Sozialhilfegesetzgebung zuständigen Fürsorgebehörden in bestimmten Fällen berechtigt werden, anstelle der betroffenen versicherten Person ein Gesuch um IPV einzureichen.

3.5 Es sollen konkret die folgenden Anpassungen auf Stufe EGzKVG erfolgen:

- Neu sollen versicherte Personen, welche im Vorjahr des Anspruchsjahres einen Anspruch auf IPV hatten, von Amtes wegen auch für das Anspruchsjahr als angemeldet gelten.
- Die Anmeldefrist soll neu auf Stufe EGzKVG auf Ende des Anspruchsjahres festgelegt werden (analog zur Übergangsbestimmung von § 23 VVzEGzKVG für die Jahre 2020, 2021, 2022 und 2023).
- Neu sollen die nach der Sozialhilfegesetzgebung zuständigen Fürsorgebehörden berechtigt werden, ohne Zustimmung der betroffenen versicherten Person ein Gesuch um IPV einzureichen, wenn gegen diese Person ein Verlustschein wegen Nichtbezahlung von Krankenkassenprämien und Kostenbeteiligungen in Sinne von Art. 64a Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (KVG, SR 832.10) ausgestellt wurde.
- Gemäss § 19 EGzKVG können Leistungen nach diesem Gesetz, die zu Unrecht ausgerichtet worden sind, nur über die versicherten Personen zurückgefordert werden. Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, dass auch bei der Krankenkasse zurückgefordert werden kann. Die Rückforderung bei den Krankenkassen ist wesentlich einfacher als die Rückforderung bei den versicherten Personen. Vor allem ist sie auch im Datenaustauschmodell mit den Krankenkassen technisch implementiert.
- Gemäss § 22 EGzKVG erfolgt eine Mitteilung über den Anspruch auf Prämienverbilligung. Diese Mitteilung ist mit dem Hinweis versehen, dass innert 30 Tagen seit der Zustellung bei der Durchführungsstelle eine beschwerdefähige Verfügung verlangt werden kann. Neu soll der Entscheid über einen Anspruch auf Prämienverbilligung direkt mit einer Verfügung eröffnet werden. Die Kommunikation mit den Versicherten soll zudem auf ihren Wunsch hin auch digital erfolgen können.
- Gemäss § 23 EGzKVG kann gegen Verfügungen nach diesem Gesetz direkt eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Wie bei den Sozialversicherungen üblich, soll neu vorgelagert eine Einsprachemöglichkeit bei der verfügenden Behörde geschaffen werden. Erst gegen die Einspracheentscheide soll dann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden können. Damit soll eine Entlastung des Verwaltungsgerichts erfolgen. Für die versicherten Personen wird das Einspracheverfahren zudem als einfacher, schneller und günstiger als ein formelles Gerichtsverfahren beurteilt.

#### 4. Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Bis auf eine Ausnahme stimmen sämtliche Vernehmlassungsteilnehmer einer Teilrevision des EGzKVG für eine Vereinfachung des Prämienverbilligungsverfahrens grundsätzlich zu.

Die Grünliberale Partei des Kantons Schwyz (GLP), die «Mitte», der Verband der Schwyzer Gemeinden und Bezirke (VSZGB) sowie elf Gemeinden fordern, dass den Gemeinden bzw. Fürsorgebehörden nebst der versicherten Person das Recht zusteht, direkt ein Gesuch um IPV für Anspruchsberechtigte einzureichen. Damit soll verhindert werden, dass einer Gemeinde oder einem Bezirk aufgrund einer versäumten Gesuchseinreichung ein Nachteil entsteht, indem diese nicht-verbilligte Krankenkassenprämienkosten bei Zahlungsunfähigkeit der versicherten Person über-

nehmen müssten. Dieses Anliegen wird aufgenommen. Die nach der Sozialhilfegesetzgebung zuständigen Fürsorgebehörden sollen berechtigt werden, anstelle der versicherten Person ein Gesuch um IPV einzureichen, wenn gegen diese Person ein Verlustschein wegen Nichtbezahlung von Krankenkassenprämien und Kostenbeteiligungen in Sinne von Art. 64a KVG ausgestellt wurde. Aktuell sind die zuständigen Fürsorgebehörden durch Regelung auf Verordnungsstufe bereits für die Anmeldung von Sozialhilfeempfängern und Fahrenden berechtigt (§ 13 Abs. 2 VVzEGzKVG). Diese Regelung soll neu ebenfalls auf Stufe Gesetz erfolgen.

Der kantonale Datenschutzbeauftragte empfiehlt, hinsichtlich des Datenaustausches zwischen Krankenversicherern, Behörden und der Durchführungsstelle genauer aufzuzeigen, für welche Daten die Bearbeitung in einem Abrufverfahren erfolgen soll. Dieser Empfehlung wird Folge geleistet. Die Daten werden im Gesetz explizit bezeichnet. Ebenfalls aus datenschutzrechtlichen Gründen soll die digitale Plattform ausdrücklich im Gesetz verankert werden.

Verschiedene Vorschläge gehen über die Revisionsvorlage hinaus: Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Schwyz (SP) schlägt vor, die Richtprämie wieder auf 100 % der Durchschnittsprämie zu erhöhen. Ferner soll die Regelung des gemeinsamen IPV-Anspruchs für junge Erwachsene ersatzlos gestrichen werden. Die Höhe des Selbstbehaltes soll von heute 11 % auf maximal 9 % gesenkt werden. Die GLP und die «Mitte» schlagen vor, dass der Kanton (nach Abzug der Bundesbeiträge) die Kosten für die Prämienverbilligung vollständig zu tragen habe (Streichung von § 13 Abs. 2 EGzKVG). Die «Mitte» schlägt weiter vor, dass die Ausfallkosten bei den Krankenkassen (Verlustscheinanteil) gemäss § 12b Abs. 2 EGzKVG vom Kanton zu übernehmen seien. Der Regierungsrat lehnt diese Vorschläge ab. Die Zielsetzung der Motionäre war eindeutig die Vereinfachung des Anmeldeverfahrens und nicht eine massive Ausweitung der Anspruchsvoraussetzungen. Mit einer Aufnahme der Vorschläge der SP würden zudem klare Entscheide des Kantonsrates umgestossen, die zum Teil gerade erst mit der letzten Teilrevision des EGzKVG vom 6. September 2017 (in Kraft ab dem 1. Januar 2019) gefällt wurden.

Betreffend die Übernahme der Kosten für ausstehende Krankenkassenprämien ist festzuhalten, dass die Gemeinden gemäss § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Sozialhilfe vom 18. Mai 1983 (ShG, SRSZ 380.100) die Aufgabe haben, drohende Notlagen abzuwenden und Rückfälle vermeiden zu helfen. Dafür haben sie gemäss § 11 Abs. 2 Bst. a ShG auch die sogenannte Vorbeugung als Aufgabe. Der Kanton hingegen hat keine derartigen Aufgaben und Möglichkeiten. Ihm kommen bei der Sozialhilfe vor allem Aufsichtsaufgaben zu. Bisher in den Gemeinden erfolgreich durchgeführte Projekte zur Verbesserung der Zahlungsmoral würden wohl zurückgefahren und die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten würden tendenziell steigen.

Die Forderung nach Aufhebung der Kostenbeteiligung der Gemeinden bei der IPV übersteuert die vom Kantonsrat am 26. Mai 2021 mit 80 zu 14 Stimmen erheblich erklärte Motion M 13/20 «Anreizbasierter, fairer und zeitgemässer innerkantonaler Finanzausgleich» und den damit bereits durch den Kantonsrat erteilten Auftrag zur Überprüfung der sieben Bereiche des indirekten Finanzausgleichs (darunter die IPV). Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion M 13/20 laufen. Der Regierungsrat wird dazu eine konsistente und zielführende Vorlage erarbeiten, die Finanzierung der IPV ist in diesem Rahmen zu diskutieren.

## 5. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

### § 1a (neu)

Bisher richtete sich das Verfahren gemäss § 3 VVzEGzKVG nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (ATSG, SR 830.1) soweit das Gesetz oder die Verordnung nichts Anderes bestimmten. Neu wird die subsidiäre Geltung des ATSG systematisch zutreffend auf Gesetzesstufe verankert. Damit ist keine materielle Änderung beabsichtigt.

## § 2 Überschrift, Abs. 1 und 3

Die Mitwirkungspflicht wird weiterhin in § 2, die Amtshilfe hingegen neu in § 2a geregelt. Deshalb wird der bisherige Abs. 3 aufgehoben. Der Mitwirkungspflicht sollen auch jene potenziell Anspruchsberechtigten unterliegen, die für das Anspruchsjahr nicht um Prämienverbilligung ersucht haben, sondern in Anwendung von neu § 17 Abs. 4 EGzKVG von Amtes wegen als angemeldet gelten. Der Regierungsrat konkretisiert die Meldepflicht in der Vollzugsverordnung.

## § 2a Überschrift, Abs. 1 und 2

In § 2a wird neu die Amtshilfe geregelt. In Abs. 1 werden die Grundzüge zur Amtshilfe geregelt, und es werden die Familienausgleichskassen ausdrücklich aufgeführt. Seit 2010 besteht ein Familienzulagenregister. Der Zugang dazu ist für die Festlegung der Prämienverbilligung wertvoll. Insbesondere kann dadurch festgestellt werden, ob sich ein junger Erwachsener in Ausbildung befindet. Es ist dadurch eine schnelle und einfache Kontrolle möglich. Eine Mehrfachnutzung vorhandener staatlicher Daten ist auch bei der Prämienverbilligung angebracht.

Um eine Übereinstimmung mit dem Gesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung und den Datenschutz vom 23. Mai 2007 (ÖDSG, SRSZ 140.410) zu erreichen, wird in Abs. 2 der bisherige Begriff des «Dateninhabenden» ersetzt durch den Legalbegriff des «verantwortlichen öffentlichen Organs» im Sinn von § 27 ÖDSG. Zudem wird festgehalten, dass der Abruf neben der heute schon praktizierten Anfrage im Einzelfall eben auch in automatisierter Form erfolgen kann. In Abs. 2 werden aus datenschutzrechtlichen Gründen die im Rahmen der Amtshilfe auszutauschenden Personendaten explizit bezeichnet. Für die Bemessung der Prämienverbilligung sind insbesondere folgende Daten notwendig: Name und Vorname der versicherten Person, AHV-Nummer, Geburtsdatum, Familienverhältnisse, Wohnsitz, Ausbildung, Krankenversicherungsmitgliedschaft sowie die Steuerwerte gemäss §§ 7 und 8.

## § 2b (neu)

Die Bestimmung war vormals in § 2a enthalten und wird neu als § 2b geführt. Entsprechend ist die Nummerierung der Überschrift anzupassen, und in Abs. 1 wird eine redaktionelle Anpassung vorgenommen, indem der Verweis vollständig zitiert wird. Im Übrigen werden keine materiellen Änderungen vorgenommen.

## § 3 Überschrift

Es wird nur die Nummerierung der Überschrift angepasst.

## § 14 Abs. 3 Bst. a bis d

Die Anmeldefrist wird neu abschliessend in § 17 EGzKVG geregelt. Eine Vollzugskompetenz des Regierungsrates in diesem Punkt entfällt. Die vormaligen Bst. b, c und d werden neu zu Bst. a, b und c. In Bst. b wird eine redaktionelle Anpassung vorgenommen. Die Bundesbestimmung wird statt mit «§» korrekt mit «Art.» bezeichnet.

## § 17 Untergliederung (neu), Abs. 1 sowie 3 (neu) und 4 (neu)

Die Anmeldefrist wird nicht mehr durch den Regierungsrat, sondern direkt durch den Kantonsrat im Gesetz festgelegt. Gemäss der bisherigen Regelung in der Vollzugsverordnung endete die Anmeldefrist im Regelfall am 30. September des dem Anspruchsjahr vorangehenden Jahres. Mit der neuen Regelung endet die Anmeldefrist am 31. Dezember des Anspruchsjahres. Die Frist wird also für die Versicherten im Vergleich mit dem bisherigen Regelfall um 15 Monate verlängert. Bereits für die Anspruchsjahre 2020 bis 2023 wurde das Ende der Anmeldefrist in der Übergangsbestimmung von § 23 VVzEGzKVG auf den 31. Dezember des Anspruchsjahres gelegt.

Die versicherten Personen haben die Möglichkeit, das Gesuch für die Prämienverbilligung über die Plattform «IPVdigital» einzureichen. Mit dem jederzeit widerrufbaren Einverständnis der versicherten Person kann die Durchführungsstelle mit ihr und ihrer Vertretung auf elektronischem Weg kommunizieren. Namentlich kann die Durchführungsstelle den versicherten Personen die Anmeldebekräftigung für das Anspruchsjahr elektronisch übermitteln. Ferner können die versicherten Personen auch wesentliche Änderungen der massgeblichen Verhältnisse über die Plattform «IPVdigital» mitteilen. In einem nächsten Arbeitsschritt kann dann auch der Entscheid über den Anspruch auf Prämienverbilligung elektronisch eröffnet werden. Dies, sobald die technischen Voraussetzungen bei der Durchführungsstelle erfüllt sind, die versicherten Personen dies durch eine jederzeit widerrufbare Einwilligung wünschen und keine anderslautenden gesetzlichen Formvorschriften bestehen.

Versicherte Personen, welche im Vorjahr des Anspruchsjahres im Kanton Schwyz Prämienverbilligung erhalten haben, müssen sich für das Anspruchsjahr nicht mehr anmelden. Sie erhalten im Frühjahr des dem Anspruchsjahr vorausgehenden Jahres von der Durchführungsstelle automatisch eine ausgefüllte Anmeldebekräftigung, welche die Familienkonstellation etc. aufzeigt. Die versicherten Personen haben im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht im Sinne von neu § 2 Abs. 1 EGzKVG Änderungen der massgebenden Verhältnisse der Durchführungsstelle mitzuteilen. Hat sich nichts geändert, müssen die versicherten Personen keine weiteren Schritte unternehmen. Vor Beginn des Anspruchsjahres erhalten die versicherten Personen einen Entscheid über ihren IPV-Anspruch.

#### § 17a (neu)

Die Möglichkeiten zur Anmeldung werden mit § 17a Abs. 1 erweitert. In bestimmten Fällen sollen auch die Fürsorgebehörden der Gemeinden ohne Zustimmung der versicherten Personen direkt ein Gesuch um Prämienverbilligung einreichen können. Die nach der Sozialhilfegesetzgebung zuständigen Fürsorgebehörden sind bereits durch Regelung auf Verordnungsstufe für die Anmeldung von Sozialhilfeempfängern und Fahrenden berechtigt (§ 13 Abs. 2 VVzEGzKVG). Diese Anmeldebekräftigung wird neu im Gesetz verankert. Die zuständigen Fürsorgebehörden sollen zusätzlich berechtigt werden, ohne Zustimmung der versicherten Person ein Gesuch um IPV einzureichen, wenn gegen diese Person ein Verlustschein wegen Nichtbezahlung von Krankenkassenprämien und Kostenbeteiligungen nach Art. 64a KVG ausgestellt wurde. Die Fürsorgebehörden haben die betroffene Person aus Gründen der Transparenz vorgängig über die Einreichung des Gesuchs zu informieren (§ 17a Abs. 3). Die Fürsorgebehörden erhalten jedoch keine Parteirechte, das heisst insbesondere keine Informationen zu laufenden Verfahren (§ 17a Abs. 2).

#### § 19 Abs. 1

Die IPV ist nach Art. 65 Abs. 1 KVG, im Kanton Schwyz umgesetzt seit dem 1. Januar 2014, direkt an die Krankenversicherer auszurichten. Dennoch konnten zu Unrecht ausgerichtete Leistungen bisher nur bei den versicherten Personen zurückgefordert werden. Mit der neuen Bestimmung wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, dass Rückforderungen direkt bei den Krankenkassen geltend gemacht werden können. Die Rückforderung bei den Krankenkassen ist wesentlich einfacher als die Rückforderung bei den versicherten Personen. Sie ist überdies im digitalen Datenaustauschmodell mit den Krankenkassen technisch implementiert. Die direkte Rückforderung bei den Krankenkassen vereinfacht das Verfahren und schaltet das Insolvenzrisiko aus.

#### § 20 Abs. 2

Abs. 2 ist aufgrund des Pauschalverweises auf das ATSG in § 1a nicht mehr nötig.

## § 22

Bisher wurde der Entscheid über den Prämienverbilligungsanspruch in Form einer Mitteilung eröffnet. Wer mit dem Entscheid nicht einverstanden war, musste innert 30 Tagen seit der Zustellung der Mitteilung bei der Durchführungsstelle eine beschwerdefähige Verfügung verlangen. Neu wird der Entscheid über den Prämienverbilligungsanspruch direkt mit einer anfechtbaren Verfügung eröffnet. Dagegen kann die versicherte Person innert 30 Tagen Einsprache erheben. Die verwaltungsinterne Kontrolle und damit der kostenlose Rechtsschutz für die Versicherten ist somit gewährleistet.

## § 23 Abs. 1 bis 3 (neu)

Bisher mussten versicherte Personen, die mit einer Verfügung der Durchführungsstelle nicht einverstanden waren, direkt Beschwerde beim Verwaltungsgericht erheben. Neu ist zuerst das Einspracheverfahren durchzuführen. Erst gegen den Einspracheentscheid kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Das Einspracheverfahren ist einfacher, schneller und günstiger als das formellere Gerichtsverfahren. Zudem ist bei den Sozialversicherungen das Einspracheverfahren üblicher Bestandteil des Rechtsweges. Gegen Entscheide über die Versicherungspflicht nach diesem Gesetz ist schon nach geltendem Recht zunächst eine Einsprache zu erheben. Die Rechtspflege wird somit vereinheitlicht.

## § 27 (neu)

Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2023 vorgesehen. Versicherte Personen, die im Anspruchsjahr 2023 IPV bezogen haben, gelten für das Anspruchsjahr 2024 als angemeldet. Wer im Anspruchsjahr 2023 IPV beziehen möchte, muss innert der Frist von neu § 17 Abs. 1 EGzKVG ein Gesuch einreichen. Der Bezug von IPV im Anspruchsjahr 2022, d. h. vor Inkrafttreten der Revision, gilt nicht als Anknüpfungsgegenstand für eine Anmeldung von Amtes wegen im Sinne von neu § 17 Abs. 4 EGzKVG.

## 6. Auswirkungen

### 6.1 Finanzielle Auswirkungen auf Kanton, Eingemeindebezirke und Gemeinden

Mit der Anpassung im Anmeldeverfahren, welches vorsieht, dass Personen, welche im Vorjahr Prämienverbilligungen erhalten haben und damit von Amtes wegen für das Anspruchsjahr als angemeldet gelten, wird sich die Gesamtzahl der IPV Berechtigten unwesentlich erhöhen. Ebenfalls wird die Ausdehnung auf insgesamt 21 Monate zur Vornahme der Anmeldung (April des Vorjahres bis Ende des Anspruchsjahres) einen geringfügigen Anstieg der Anzahl IPV-Bezüger generieren. Zusammenfassend dürfte die Teilrevision des EGzKVG mit der Anpassung im Anmeldeverfahren keinen wesentlichen Volumenanstieg bei der Prämienverbilligung auslösen.

### 6.2 Auswirkungen auf die Durchführungskosten

Die verschiedenen Anpassungen im Rahmen dieser Teilrevision haben marginale Auswirkungen auf die Durchführungskosten. Anpassungen bei der Informatik dürften im Rahmen einer ersten groben Schätzung einmalige Kosten von rund Fr. 100 000.-- auslösen. Die übrigen Durchführungskosten für die Bearbeitung der Anmeldungen usw. bleiben im bisherigen Rahmen. Die direkten und indirekten Aufwendungen der Ausgleichskasse Schwyz, welche mit der Durchführung der IPV entstehen, trägt der Kanton. Die Finanzierung erfolgt durch allgemeine Steuermittel.

### 6.3 Auswirkungen auf die Gesellschaft

Anspruchsberechtigte Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen sind auf die IPV angewiesen. Mit der Anpassung des Anmeldeverfahrens für Prämienverbilligung wird verhindert, dass das Verpassen einer Eingabefrist oder ein nicht registrierter Gesuchseingang dazu führen, dass eigentlich anspruchsberechtigten Personen die IPV für ein ganzes Jahr verwehrt wird. Menschen, die berechtigten Anspruch auf IPV haben, sollen diese auch erhalten. Das Anmeldeverfahren für die versicherten Personen soll zudem einfacher, schlanker und schneller werden. Auf Wunsch der Versicherten soll auch eine digitale Kommunikation möglich werden.

### 7. Erledigung parlamentarischer Vorstösse

Mit der vorliegenden Teilrevision des EGzKVG wird das Anliegen des erheblich erklärten Postulates M 3/20 erfüllt. Der politische Vorstoss kann deshalb gemäss § 65 Abs. 3 Geschäftsordnung des Kantonsrates vom 17. April 2019 (GOKR, SRSZ 142.110) als erledigt abgeschrieben werden.

### 8. Behandlung im Kantonsrat und Referendum

#### 8.1 Ausgabenbremse

Beim vorliegenden Beschluss handelt es sich nicht um eine Ausgabenbewilligung. Für die Schlussabstimmung gilt das einfache Mehr gemäss § 87 Abs. 1 GOKR.

#### 8.2 Referendum

Gemäss §§ 34 Abs. 2 und 35 der Kantonsverfassung vom 24. November 2010 (KV, SRSZ 100.100) unterstehen:

- a) Erlass, Änderung und Aufhebung von Gesetzen;
- b) internationale und interkantonale Vereinbarungen mit Gesetzesrang;
- c) Ausgabenbeschlüsse über neue einmalige Ausgaben von mehr als 5 Mio. Franken und Ausgabenbeschlüsse über neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als Fr. 500 000.--; dem obligatorischen oder fakultativen Referendum.

Der vorliegende Beschluss hat die Änderung eines Gesetzes zum Gegenstand und unterliegt somit bei Zustimmung von weniger als drei Viertel der an der Schlussabstimmung teilnehmenden Mitglieder des Kantonsrates, dem obligatorischen oder bei Zustimmung von drei Viertel und mehr der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder des Kantonsrates, dem fakultativen Referendum.

#### Beschluss des Regierungsrates

1. Dem Kantonsrat wird beantragt, die beiliegende Vorlage anzunehmen.
2. Das Postulat M 3/20 wird gemäss § 65 Abs. 3 GOKR abgeschrieben.
3. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates; Bezirke; Gemeinden.

4. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Departement des Innern; Ausgleichskasse Schwyz.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Staatsschreiber